Praktisch bedeutsame Änderungen durch das am 29. Juli 2017 in Kraft getretene „Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“

Asylgesetz / Asylverfahren

- Nach § 8 Abs. 1c AsylG-neu müssen u.a. die Träger der Grundsicherung, die Ausländerbehörden und die Auslandsvertretungen insbesondere dem Bundesamt mitteilen, wenn sie Kenntnis davon erlangen, dass ein Asylberechtigter oder eine Person mit internationalem Schutz in sein Heimatland gereist ist.
- Nach § 15 Abs. 2 Nr. 6 AsylG-neu ist ein Asylantragsteller bei Nichtbesitz eines Passes oder Passersatzes (wie bisher) verpflichtet, an der Beschaffung eines Identitätspapiers mitzuwirken und (**neu**) auf Verlangen den zuständigen Behörden die vorhandenen Datenträger (Handys, Tablets und Laptops) auszuhändigen. Nach § 15a AsylG-neu ist das Bundesamt zur Auswertung der Daten ermächtigt, soweit dies zur Identitätsfeststellung erforderlich ist und keine milderen Mittel zur Verfügung stehen. Nicht zur Verfügung gestellte Zugangsdaten können bei dem Telekommunikationsdienstleister eingeholt werden (ergibt sich durch Verweis auf § 48a Aufenthaltsgesetz).
- Nach § 47 Abs. 1b AsylG-neu *können* die Länder nun veranlassen, dass alle Asylsuchenden (also nicht nur diejenigen, die aus sicheren Herkunftsstaaten stammen oder deren Antrag wegen Dublin III als unzulässig abgelehnt wurde/wird) bis zur Entscheidung des Bundesamtes in der Erstaufnahmeeinrichtung wohnen müssen. Nach vorliegenden Informationen wird davon in Rheinland-Pfalz vorerst kein Gebrauch gemacht.
- § 42 Abs. 2 SGB VIII-neu schreibt vor, dass die Jugendämter nunmehr grundsätzlich verpflichtet sind, für die von ihnen in Obhut genommenen unbegleiteten Minderjährigen umgehend von Amts wegen einen Asylantrag zu stellen. Die Verpflichtung besteht dann, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass das Kind oder der Jugendliche internationalen Schutz benötigt; das Kind oder der Jugendliche ist dabei zu beteiligen.

Aufenthaltsbeendigung

- Nach § 60a Abs. 5 S. 5 AufenthG-neu ist einem seit mehr als einem Jahr geduldeten Ausländer die Abschiebung nicht mehr einen Monat vorher anzukündigen, wenn er die Abschiebungshindernisse durch vorsätzlich falsche Angaben oder eigene Täuschung über die Staatsangehörigkeit oder Identität selbst herbeigeführt oder zumutbare Anforderungen an die Mitwirkung nicht erfüllt hat. Ob ein Bundesland durch Erlass regeln kann, dass auch in diesen Fällen weiterhin eine Ankündigung erfolgen muss, wäre noch genau zu prüfen (der Flüchtlingsrat Niedersachsen hält dies für möglich). In der Gesetzesbegründung zu der neuen Vorschrift wird ausgeführt, dass „minderjährige Geduldete sich nicht das Verhalten der Eltern zurechnen lassen müssen“. Das kann nach meiner Auffassung nur so interpretiert werden, dass bei Familien mit minderjährigen Kindern nach einem Jahr Duldung weiterhin in *allen* Fallkonstellationen die Ankündigung nach Satz 4 zu erfolgen hat.
- Als neuer Abschiebehaftgrund wird eingeführt (§ 62 Abs. 3 S. 4 AufenthG-neu), dass Personen, von denen eine erhebliche Gefahr für Leib oder Leben Dritter oder bedeutende

Rechtsgüter der inneren Sicherheit ausgeht, auch dann in Sicherungshaft genommen werden können, wenn die Abschiebung nicht innerhalb der nächsten drei Monate durchgeführt werden kann.

- Nach § 62a Abs. 1 S. 2 AufenthG-neu kann bei Personen, von denen eine erhebliche Gefahr für Leib oder Leben Dritter oder bedeutende Rechtsgüter der inneren Sicherheit ausgeht, Abschiebungshaft auch in Justizvollzugsanstalten vollstreckt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass Abschiebungshaft in diesen Fällen weiterhin auch im Abschiebegefängnis in Ingelheim vollstreckt wird.
- Der Ausreisegewahrsam kann nach § 62b AufenthG-neu von vier auf zehn Tage verlängert werden – aufgrund richterlicher Anordnung.

Pflicht zur Ausweisvorlage bei Doppelstaatlern

Deutsche, die auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, können nach § 48 Abs. 1 S. 2 AufenthG-neu dazu verpflichtet werden, ihren ausländischen Pass der Ausländerbehörde auszuhandigen, wenn gegen sie ein Ausreiseverbot nach § 10 Abs. 1 PassG ausgesprochen wurde.

Verbot der missbräuchlichen Anerkennung der Vaterschaft

Bestehen konkrete Anhaltspunkte für das Vorliegen einer missbräuchlichen Anerkennung der Vaterschaft (siehe § 1597a Abs. 1 und 2 BGB-neu), hat die beurkundende Behörde oder Urkundsperson die Beurkundung auszusetzen und dies der zuständigen Ausländerbehörde mitzuteilen.

Das dann stattfindende Verfahren bei der Ausländerbehörde ist in § 85a AufenthG-neu geregelt. Danach prüft die Ausländerbehörde den Sachverhalt und stellt die missbräuchliche Anerkennung **durch Verwaltungsakt** fest **oder** stellt das Verfahren ein. § 85a Abs. 2 AufenthG-neu nennt Beispiele, wann das Vorliegen eine missbräuchlichen Anerkennung „regelmäßig“ zu bejahen ist.

- Ist der Verwaltungsakt mit der missbräuchlichen Anerkennung rechtskräftig, teilt die Ausländerbehörde dies der beurkundenden Behörde oder Urkundsperson mit. Im diesem Fall wird die Beurkundung der Vaterschaft abgelehnt.
- Bei Einstellung des Verfahrens wird dies schriftlich oder elektronisch an die beurkundende Behörde oder Urkundsperson mitgeteilt.

Während das Verfahren auf Feststellung der missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennung läuft, ist nach § 60a Abs. 2 S. 13 AufenthG-neu die Abschiebung ausgesetzt. Die Klage gegen den Feststellungsbescheid der Ausländerbehörde hat nach § 84 Abs. 1 S. 1 Nr. 9 AufenthG-neu keine aufschiebende Wirkung, d.h. die Anordnung der aufschiebenden Wirkung müsste beantragt werden.

Um eine Vaterschaft zu beweisen, wird es damit in Zukunft oft zu (teuren) Gentests kommen.

Wer tiefer einsteigen möchte (mit allen Änderungen), kann sich die Gesetzesbegründungen in den Bundestagsdrucksachen [18/11546](#) und [18/12415](#) zu Gemüte führen.

Roland Graßhoff
August 2017